

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Mittwoch, 08.10.2025
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:48 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Borchers, Sebastian

SPD-Fraktion

Hemken, Harald
Noetzel, Sabine
Stomberg, Holger
Winter, Maria

für Gregor Strelow

CDU-Fraktion

Hegewald, Reinhard
Verlee, Gerold

(ab 17:03 Uhr)

(ab 17:02 Uhr)

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Göring, André

für Bernd Renken

FDP-Fraktion

Schreitling, Nico

Fraktion DIE LINKE.

Luitjens, Stefan

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

(ab 17:02 Uhr)

von der Verwaltung

Sommer, Michael
Hensmann, Rainer

Protokollführung

Klaaßen, Celina

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 08.10.2025

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Borchers begrüßt die Anwesenden und heißt Herrn Schreitling als neuen Vertreter der FDP-Fraktion willkommen. Anschließend eröffnet er die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.05.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.05.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Gestattung Wegenutzung Wärme
Vorlage: 18/1762

Herr Hensmann erläutert, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage handele, die der Vorbereitung der Umsetzung des Wärmeplans diene. Für diese Umsetzung müssten zunächst passende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Es sei bereits ein Interessensbekundungsverfahren öffentlich bekannt gemacht worden – sowohl auf der städtischen Homepage als auch im Amtsblatt. Interessierte könnten sich bis zum 30.10.2025 melden - spätere Meldungen würden nicht berücksichtigt. Nach Ablauf der Frist müsse geprüft werden, wie viele Interessenten vorlägen und wie das weitere Vorgehen ausgestaltet werde.

Herr Borchers bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 08.10.2025

Herr Göring erkundigt sich, ob im Zusammenhang mit der Wegenutzung grundsätzlich Konzessionsabgaben an die Stadt Emden vorgesehen seien.

Herr Hensmann weist darauf hin, dass es zunächst nur darum gehe, festzustellen, wer grundsätzlich teilnehmen wolle. Erst anschließend würden die konkreten Rahmenbedingungen ausgearbeitet. Die Wegenutzung könne sowohl über Konzessionsverträge (mit Exklusivität) als auch über einfache Gestattungsverträge erfolgen. Wenn feststehe, wie das Modell ausgestaltet werde, könne auch über Konzessionsabgaben gesprochen werden, wie bei den Strom- und Gasnetzen auch.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 6 Erläuterung der Pro Kopf Verschuldung;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.07.2025
Vorlage: 18/1763

Frau Winter erläutert, dass in der Presse die hohe Pro-Kopf-Verschuldung Emdens thematisiert worden sei. Bevor an dieser Stelle missverständliche Aussagen entstünden, habe die SPD-Fraktion die Verwaltung gebeten, diesen Sachverhalt im Ausschuss zu erläutern.

Herr Sommer stellt die Pro-Kopf-Verschuldung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

Herr Borchers bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Verlee teilt mit, dass die Pro-Kopf-Verschuldung für ihn grundsätzlich zweitrangig sei. Die eigentlichen strukturellen Probleme Emdens würden aus seiner Sicht in der sozial schwachen Bevölkerungsstruktur und dem fehlenden starken Mittelstand liegen, der die Wirtschaft tragen könne. Eine Verbesserung dieser Lage sei nicht in Sicht. Er fragt, ob Flüchtlinge in der Statistik enthalten seien, sofern sie in Emden gemeldet seien. Eine reine statistische Verbesserung – etwa durch eine sinkende Pro-Kopf-Verschuldung infolge steigender Einwohnerzahlen – bringe der Stadt inhaltlich keinen Vorteil. Statistiken seien zwar hilfreich, würden aber seiner Ansicht nach die wirklichen Herausforderungen Emdens nicht wiedergeben.

Herr Göring bedankt sich für den Vortrag und fragt, ob die dargestellte Pro-Kopf-Verschuldung für 2024 in Höhe von 2.509 € ohne die Konzernverschuldung berechnet worden sei. Zudem bittet er um Beispiele, welche Investitionen oder Ausgaben hinter den Teilbeträgen – wie 1.616 € für die Kernverwaltung, 728 € für das Gebäudemanagement sowie die weiteren Positionen – konkret stünden.

Herr Sommer erklärt, dass die dargestellte Pro-Kopf-Verschuldung ausschließlich die Schulden berücksichtige, die im Kernhaushalt relevant seien und aus eigenen Einnahmen wie Gewerbe- und Grundsteuer bedient werden müssten. Andere Darstellungen, etwa die des Landesamtes für Statistik Niedersachsen, hätten einen breiteren Ansatz, würden aber nicht der Sicht der Verwaltung entsprechen.

Zur inhaltlichen Zusammensetzung führt er aus, dass die investive Verschuldung der Kernverwaltung sämtliche Investitionen der letzten Jahrzehnte umfasse, z. B. Straßenbaumaßnahmen, Zuschüsse und Baukosten für Kitas sowie andere im

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 08.10.2025

Investitionsprogramm enthaltene Projekte. Anteile, die nicht durch Fördermittel gedeckt seien, müssten über Kredite finanziert werden.

Im Gebäudemanagement erkläre sich der starke Anstieg der Verschuldung insbesondere durch umfangreiche Schulbaumaßnahmen sowie weitere bauliche Projekte.

Der dritte Bereich betreffe die neu entstehenden Kassenkredite, die sich aus den nicht mehr durch Rücklagen ausgleichbaren Defiziten ergeben würden. Für 2025 liege das Defizit bei knapp über 40 Mio. € und bis 2029 würden sich die Fehlbeträge entsprechend aufaddieren. Ein konkreter Zusammenhang einzelner Defizitbestandteile, etwa im Bereich Flüchtlingskosten, könne nicht isoliert dargestellt werden, da alle Ausgaben im Gesamthaushalt enthalten seien. Abschließend verweist Herr Sommer darauf, dass andere Kommunen – z. B. Salzgitter – im Bereich der Liquiditätskredite bereits deutlich höhere Werte aufwiesen.

Herr Göring bedankt sich für die Erläuterung und betont, wie wichtig eine verständliche Darstellung auch für die Öffentlichkeit sei. Er weist nochmals auf die steigende Pro-Kopf-Verschuldung hin und hebt die zugrunde liegenden sozialen Ursachen hervor – unter anderem die schwache soziale Struktur der Stadt. Einsparungen im sozialen Bereich würden seiner Ansicht nach langfristig zu noch größeren Problemen führen. Daher sehe er Potenzial in Investitionen in Sozialarbeit, insbesondere für junge Menschen, auch wenn dies zunächst höhere Ausgaben bedeute.

Herr Hemken bemerkt, dass man unter anderem durch die Ausweisung von viel Bauland versuche, die Struktur zu verändern. Dies sei nur ein Baustein unter mehreren.

Herr Hegewald nimmt Bezug auf die letzte Folie zur gesamtstaatlichen Pro-Kopf-Verschuldung. Um die Größenordnung der dargestellten Summen zu verdeutlichen, rechnet er den Wert von rund 30.000 € pro Einwohner auf seine eigene neunköpfige Familie hoch und kommt so auf eine rechnerische Gesamtbelastung von etwa 270.000 €. Damit habe er veranschaulichen wollen, wie erheblich die gesamtstaatliche Verschuldung sei und welche Dimensionen sie für einzelne Bürger annehmen würde.

Er bedankt sich bei Herrn Sommer für die verständliche Darstellung der komplexen Materie und betont, wie schwierig es sei, der Öffentlichkeit Finanzpolitik verständlich darzustellen.

Abschließend richtet er sich an die SPD-Fraktion und merkt an, dass der heutige Austausch Ergebnis ihres Antrags sei. Er gibt jedoch zu bedenken, dass Wissenslücken im Rat üblicherweise durch Anfragen geklärt würden und nicht durch Anträge, und warnt davor, künftig für jede Informationsfrage einen Antrag zu stellen.

Frau Winter erläutert, dass der Antrag nicht primär der eigenen Information gedient habe, sondern der Öffentlichkeit beziehungsweise der Presse, die in der Vergangenheit unzutreffend berichtet habe. Sie bedankt sich bei Herrn Sommer für die klare Darstellung.

Herr Jahnke ergänzt, dass das Thema Verschuldung ohnehin regelmäßig in den Haushaltsberatungen behandelt werde. Bei Vergleichen der Pro-Kopf-Verschuldung zwischen Kommunen müsse stets berücksichtigt werden, welche Bestandteile jeweils einbezogen seien. Er weist darauf hin, dass die Stadt Emden seit Jahren nach dem Prinzip eines „Sondervermögens“ verfare, indem Investitionen in städtische Gebäude und Schulneubauten im Gebäudemanagement gebündelt würden. Investive Verschuldung bereite ihm weniger Sorgen, da hier Werte wie Straßen, Innenstadtentwicklung, Schul- oder Kitausbau entstünden und die Infrastruktur verbessert werde. Problematisch sei hingegen, dass die Stadt nicht mehr in der Lage sei, Tilgung und Zinsen aus den laufenden Einnahmen begleichen zu können.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 08.10.2025

Besonders kritisch hebt er hervor, dass die Liquiditätskredite stark anstiegen – von derzeit rund 165 € pro Einwohner auf voraussichtlich fast 9.000 € im Jahr 2029. Dies bedeute, dass die Stadt rein rechnerisch kaum handlungsfähig sei, wenn sich die Entwicklung fortsetze. Ursache dafür seien stark steigende Defizite im Ergebnishaushalt, die sich bereits auf über 40 Mio. € pro Jahr beliefen und weiter zunähmen. Dies liege insbesondere an stark wachsenden Sozialausgaben, wie sie auch Bund und Land belasten würden. Trotz stabiler Steuereinnahmen verschlechtere sich das Jahresergebnis kontinuierlich.

Herr Jahnke betont, dass viele Kommunen in Niedersachsen ähnliche Probleme hätten und sich deren Eigenkapital in den kommenden Jahren flächendeckend aufbrauchen werde. Der Zustand sei langfristig nicht tragfähig, da die Kommunen zunehmend Kredite aufnehmen müssten, um laufende Ausgaben, einschließlich Löhne und Gehälter, zu finanzieren.

Abschließend lobt er den Vortrag und weist darauf hin, dass dieser als hilfreiche Grundlage für kommende Haushaltsberatungen dienen solle. Lösungsansätze in der erforderlichen Größenordnung gebe es nicht, weshalb solche Anträge wichtig seien, um die Dramaturgie dieser Zahlen deutlich zu machen.

Herr Verlee bemerkt, dass die bisherigen Betrachtungen die Wiederaufbaufonds der EU noch gar nicht berücksichtigten.

Herr Jahnke entgegnet, dass die vom Bund geplanten 4,3 Mrd. € für niedersächsische Kommunen die Investitionskredite etwas entlasten könnten. Wenn die Stadt diese Mittel sinnvoll für bereits geplante Infrastrukturmaßnahmen einsetze, könne der Anstieg der Verschuldung im investiven Bereich abgemildert werden. Für den laufenden, konsumtiven Haushalt gebe es jedoch keine vergleichbare Unterstützung - dort seien lediglich kleinere Beträge zu erwarten, die im Gesamtbild kaum wirkten. Dennoch bezeichnet er den Bundesanteil insgesamt als wichtigen und positiven Beitrag.

Frau Winter äußert, dass trotz aller Diskussionen keine tragfähige Lösung für die kommunale Finanzlage erkennbar sei. Alle Kommunen bewegten sich in dieselbe Richtung, als säßen sie gemeinsam in einem Zug, der ungebremst auf ein Hindernis zurase. Sie fragt sich, wie ein solcher Zustand überhaupt aufgelöst werden könne oder ob es am Ende einen Neustart geben müsse.

Herr Jahnke weist darauf hin, dass im Haushalt 2027 gesetzlich ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich sei, und zwar nicht nur in Emden, sondern in vielen niedersächsischen Kommunen. Maßnahmen wie Einsparungen in kleineren Beträgen seien angesichts eines Kernhaushalts von rund –50 Mio. € kaum wirksam - selbst Konsolidierungen im Millionenbereich würden durch Tarifsteigerungen wieder aufgezehrt.

Herr Hegewald erkundigt sich, wie sich die Steuereinnahmekraft pro Einwohner derzeit entwickle. Emden habe früher hohe Werte im Vergleich zu anderen Städten gehabt. Er vermute, dass die Stadt eher ein Ausgaben- als ein Einnahmeproblem habe, ähnlich wie Bund und Länder, die trotz hoher Einnahmen steigende Ausgaben zu bewältigen hätten.

Herr Jahnke erläutert, dass stabile Einnahmen allein nicht ausreichten, da die Stadt aufgrund hoher Personalkosten sowie steigender Transferleistungen jährliche Zuwächse benötige. Tarifsteigerungen von rund 3 % wirkten sich wegen des großen Personal- und Transferleistungsanteils erheblich aus. Die Steuereinnahmen würden zwar weiterhin bei etwa 95–100 Mio. € liegen, müssten aber eigentlich stärker wachsen. Um den bestehenden Sozialstaat zu finanzieren, wäre seiner Einschätzung nach ein Wirtschaftswachstum von mindestens 3–4 % jährlich erforderlich. Derzeit bewege man sich jedoch bei null oder im negativen Bereich.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 08.10.2025

Herr Göring sagt, dass er die finanzielle Situation eher als Einnahmeproblem sehe. Zwar nehme die Stadt Steuern ein, jedoch würden viele kommunale Leistungen nur teilweise refinanziert, da sich Bund und Land an zahlreichen Pflichtaufgaben nicht vollständig beteiligten. Dies müsse seiner Ansicht nach grundsätzlich geändert werden.

Zudem fragt er, was geschehe, wenn Kommunen trotz dauerhaft schlechter Perspektiven weiter investieren wollten. In der Privatwirtschaft würde man bei einer solchen Lage Insolvenz anmelden, dies sei für Städte jedoch nicht möglich. Er regt an, zu überlegen, ob man trotz der Lage stärker und langfristiger investieren solle, wenn dies der Zukunft diene.

Herr Jahnke erklärt, dass die gesetzlichen Ausnahmen aufgrund von Corona und der Ukraine-Krise bald auslaufen und danach wieder ein Haushaltssicherungskonzept verpflichtend werde. Die Stadt müsse einen hoch defizitären Haushalt mit Maßnahmen zur Verbesserung der Ergebnisse unterlegen, obwohl die strukturelle Lage dies kaum realistisch erscheinen lasse. Er führt aus, dass die Gewerbesteuererinnahmen nicht mehr steigen, sondern teilweise deutlich zurückgehen könnten. Emden könne zwar von regenerativen Energien profitieren, jedoch seien Unternehmen wie VW derzeit kaum ein stabiler Faktor. Auch die Perspektiven mittelständischer Betriebe seien dadurch beeinträchtigt.

Zudem hebt er hervor, dass unklar sei, wie Bund und Land – insbesondere die Kommunalaufsicht im Innenministerium – künftig mit der Finanzlage der Kommunen umgehen wollten. Beim Städtetag in Aurich sei deutlich geworden, dass viele Städte ihre Ergebnishaushalte aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen könnten. Würden Kommunen gezwungen, ihre Haushalte allein durch Kürzungen auszugleichen, müssten Einrichtungen wie Museen, Sportvereine oder Sozialverbände empfindliche Einschnitte hinnehmen, was gravierende Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben hätte. Dies könne jedoch politisch niemand ernsthaft wollen.

Er betont, dass eine grundlegende Neuordnung der Staatsfinanzen notwendig sei, da es problematisch sei, wenn Kommunen in den Negativbereich rutschten und ihr Eigenkapital bilanziell auf der Aktivseite erscheine. Beispiele aus Nordrhein-Westfalen zeigten, dass dieser Zustand in vielen Städten bereits seit Jahren Realität sei. Abschließend unterstreicht er, dass auch das Land Niedersachsen eine Lösung finden müsse, da zahlreiche Kommunen bald nicht mehr wüssten, wie sie ihre Haushalte überhaupt noch gestalten sollten.

Abschließend ergänzt **Herr Sommer** zur Frage von Herrn Hegewald, dass die Steuereinnahmekraft der Stadt Emden laut den verpflichtenden Unterlagen zum Budgetbuch weiterhin leicht über dem Durchschnitt der Vergleichsgruppe liege. Grundlage seien die von der Kommunalaufsicht vorgeschriebenen mehrjährigen Durchschnittswerte.

Er merkt an, dass die Stadt in den vergangenen Jahren bei der Gewerbesteuer verlässliche Planansätze gehabt habe, da die tatsächlichen Einnahmen regelmäßig nahe an den Planwerten gelegen hätten. Insgesamt liege Emden daher weiterhin über dem Vergleichswert, auch wenn der Abstand im Zeitverlauf kleiner geworden sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 08.10.2025

TOP 8 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.